

W+M-Parteien-Umfrage: Sachsen hat die Wahl. #3 Konzepte gegen den Fachkräftemangel



Am 1. September wählen die Bürger und Bürgerinnen den neuen Sächsischen Landtag. Eine richtungsweisende Entscheidung auch für die sächsische Wirtschaft. Deshalb hat Wirtschaft+Markt die Positionen der Parteien zu wichtigen wirtschaftspolitischen Themen in Sachsen abgefragt. Die Antworten auf die W+M-Wahlprüfsteine werden wir in den kommenden Wochen bis zur Wahl veröffentlichen.

W+M-Wahlprüfstein 3

Was sind Ihre Konzepte zur Behebung des Fachkräftemangels?

Es antworten:

Ingo Flemming (CDU), Sprecher der Fraktion für Regionalentwicklung

Henning Homann (SPD), Sprecher der Fraktion für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Frank Peschel (AfD), Sprecher der Fraktion für Wirtschaft und Industrialisierung

Gerhard Liebscher, (Bündnis90/Die Grünen) Sprecher der Fraktion für

Arbeitsmarkt-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Tourismuspolitik

Nico Brünler (Die Linke), Sprecher der Fraktion für Haushalt/Finanzen,

Digitalisierung, Wirtschaft, Verwaltung, Forschung und Technologieförderung

Prof. Dr. Jörg Scheibe (BSW), Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen Bündnis



E.DIS Kabelverlegung. Foto: E.DIS

Ingo Flemming (CDU)

Hier die wesentlichen Statements von Ingo Flemming (CDU). Die ausführliche Antwort lesen Sie hier: [\(Link\)](#)



Ingo Flemming, regionalpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Foto Alexander Fuhrmann

Kein Akteur alleine kann heute im Alleingang den Fachkräftemangel beheben! Deshalb haben wir mit der Fachkräfteallianz Sachsen eine landesweite Plattform geschaffen.

Wir treten für ein Mäßigungsgebot bei der Akquise des Staates von Personal ein, denn in Zeiten eines Fachkräftemangels muss der Staat seinen Personalbedarf möglichst effizient einsetzen, um nicht in Konkurrenz zur Wirtschaft zu treten.

Es braucht eine gezielte Begleitung durch Aus- und Weiterbildungsoffensiven in den besonders relevanten Branchen (Pflege, Medizin, Handwerk, IT).

Henning Homann (SPD)

Hier die wesentlichen Statements von Henning Homann (SPD). Die ausführliche Antwort lesen Sie hier: [\(Link\)](#)



Henning Homann, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Quelle Stefan Kraft

Sachsen braucht Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihren Beschäftigten guten Verdienst, gute Arbeitsbedingungen und – wo möglich – Flexibilität bieten.

Wir müssen es schaffen, dass frisch ausgebildete Fachkräfte und Absolventen unserer Hochschulen in Sachsen bleiben.

Mehr und länger zu arbeiten, wie es manche gerade in der sächsischen CDU fordern, kann nicht die Lösung sein.

Frank Peschel (AfD)

Hier die wesentlichen Statements von Frank Peschel (AfD). Die ausführliche Antwort lesen Sie hier: [\(Link\)](#)



Frank Peschel, wirtschaftspolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. Foto AfD Sachsen

Mehr Berufsschulzentren und Fachhochschulen im ländlichen Raum ansiedeln.

Weniger Stellen im öffentlichen Dienst schaffen und abbauen, damit diese Fachkräfte dem freien Markt zur Verfügung stehen.

Wir müssen aufhören ausreisepflichtige Personen weiter zu alimentieren, sondern müssen Leistungsträger unterstützen.

Gerhard Liebscher (Bündnisgrüne)

Hier die wesentlichen Statements von Gerhard Liebscher (Bündnisgrüne). Die ausführliche Antwort lesen Sie hier: [\(Link\)](#)



Gerhard Liebscher, wirtschaftspolitischer Sprecher der Bündnisgrünen-Fraktion. Copyright Elenor Breusing

Wir BÜNDNISGRÜNE setzen uns für die Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung ein.

Wir wollen die Meisterausbildung kostenneutral anbieten – von Anfang an und nicht erst durch Prämierung des Meisterbriefs.

Wir setzen uns für die Errichtung eines sächsischen Azubi-Werkes ein, das Azubis ein Wohnen nah an der Ausbildungsstätte zu bezahlbaren Preisen ermöglicht.

Nico Brünler (Die Linke)

Hier die wesentlichen Statements von Nico Brünler (Die Linke). Die ausführliche Antwort lesen Sie hier: [\(Link\)](#)



Nico Brünler, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion DiE LINKE. Copyright DIE LINKE. Sachsen

Das Problem wird nicht behoben, indem man Menschen noch länger arbeiten lässt, wie es die CDU will.

Der Staat sollte vorangehen, indem er öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergibt, die ihre Beschäftigten ordentlich bezahlen.

Sachsen sollte eine Bundesratsinitiative ergreifen, um eine Mindestausbildungsvergütung in Höhe von 80 Prozent des tariflich gezahlten Lohns festzusetzen.

Prof. Dr. Jörg Scheibe (BSW)

Hier die wesentlichen Statements von Prof. Dr. Jörg Scheibe (BSW). Die ausführliche Antwort lesen Sie hier: [\(Link\)](#)



Prof. Dr. Jörg Scheibe, Vorsitzender des BSW-Landesverbandes Sachsen. Copyright BSW Sachsen

Es müssen vorausschauende Personalstrategien entwickelt werden, um den zukünftigen Bedarf an Fachkräften zu decken.

Mit Programmen zur Förderung der Qualifizierung unter Einbeziehung der Berufsschulen und Hochschulen und der Integration von Arbeitskräften aus dem Ausland werden wir dafür entscheidende Unterstützung bieten.